

Wer wurde bisher darüber informiert und wie waren die Reaktionen ?

Das von der SPD geführte BMGS wurde von uns bereits 2006 umfangreich informiert, entschied sich aber dazu, sich in der Frage an die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung KZBV zu wenden, welche natürlich - wen wundert es – eine verharmlosende und beschwichtigende Antwort gab, weswegen das BMGS keinen Handlungszwang sah. Die lesenswerte Korrespondenz wird nachgereicht.

Ein Vortrag in einer Anhörungsstunde des Gesundheitsausschusses 2006 unter der Leitung der damaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag Gudrun Schaich-Walch, dem auch der Landesinnungsoberrmeister der Zahntechnikerinnung RLP Herr Manfred Heckens als Verstärkung in Fragen der Zahntechnik beiwohnte, und zu dem ich durch die Einladung der ebenfalls damals anwesenden und heutigen Gesundheitsministerin von RLP Sabine Bätzing-Lichtenthäler gekommen war, endete sinngemäß mit den Worten von Frau Schaich-Walch in der Frage, was ihr das an Wählerstimmen bringen würde, wenn sie sich um dieses Thema kümmern würde.

Ein im selben Jahr gehaltener Vortrag vor dem gesundheitspolitischen Beraterkreis im Mainzer Landtag traf zwar auf etwas mehr Interesse, führte jedoch zu keinen Ergebnissen.

Ein danach erbetener Gesprächstermin bei der damaligen Gesundheitsministerin von RLP Frau Malu Dreyer, der von der damaligen SPD - Landtagsabgeordneten Renate Pepper initiiert werden sollte, kam gar nicht zustande, obwohl die damalige SPD – Wahlkreisabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler - heute die Gesundheitsministerin von RLP - von der Problematik ebenfalls wusste und damals regen Kontakt zu Frau Dreyer hatte.

Ein Vortrag vor dem Verband deutscher Ersatzkassen in Berlin fand reges Interesse, weil die Zahlen über mangelhafte Behandlungen annähernd mit den eigenen Statistiken übereinstimmten. Einen Selektivvertrag mit zertifizierten Zahnärzten über deutlich verlängerte Gewährleistungsfristen, bessere Qualität und andere Vergütungssätze konnte man jedoch zur Zeit nicht abschließen.

2019 wurde im Rahmen einer Aktion der Initiative „Schluss mit Pfusch in der Zahn(un)heilkunde“ ein neuer Anlauf gestartet und ein fundierter offizieller Informationsbrief an das MSAGD (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie) geschickt, in dem wir auf die seit Jahren ignorierten Missstände aufmerksam machten. Dieses Mal hatte das RLP Ministerium nichts besseres zu tun, als sich in der Sache an die Kassenzahnärztliche Vereinigung RLP zu wenden, die wieder einmal primär eine Vereinigung der Zahnärzte (und Verursacher) ist, und deren Vorsitzende dafür bezahlt werden, um zuerst einmal die Interessen der Zahnärzte wahrzunehmen und zu vertreten, und den Ruf der Zahnärzteschaft in der Öffentlichkeit sauber zu halten.

Der Informationsbrief, das lesenswerte Antwortschreiben des Ministeriums und meine Erwiderung ist auf dieser Seite nachzulesen.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass politische Stellen oder Kontrollorgane eigentlich die Situation anzweifeln und froh zu sein scheinen, wenn irgendein Strohalm - und sei es auch eine Vereinigung der Verursacher - bestätigt, dass alles nicht so schlimm ist, damit kein Handlungsbedarf entsteht. Keinesfalls ist die Politik geneigt, der Sache gründlicher nachzugehen und eigene Untersuchungen anzustellen, um sich persönlich Klarheit zu verschaffen. Dabei scheint egal zu sein, dass man sich als einzige Informationsquelle die Vereinigung der Verursacher genommen hat, bei der man zumindest Interessenskonflikte annehmen muss, wenn man gesunden und vernünftigen Menschenverstand anlegt.